



Dr. Wolfgang Pöschl

Email: wposchl@gmail.com

Bezirkskandidat Oberpfalz zur Landtagswahl 2018

Geboren: August 1964 (Kloster Mallersdorf)

Ehestand: verheiratet

Kinder: 2 Töchter, 1 Stieftochter

Tätigkeit: selbständig seit 2014

Politische Motivation

Die Entwicklungen der letzten 12 Jahre in der Bundespolitik und in der Europapolitik sind besorgniserregend und dies ganz besonders im Finanzsektor, im Energiesektor und in der Migrationspolitik. Meine politische Einstellung ist liberal-konservativ und sie orientiert sich an der bürgerlichen Mitte. Als ehemaliger Stammwähler der CSU bis zum Jahr 2013 habe ich im Jahr 2017 die Mitgliedschaft bei der AfD beantragt. Ich war nie Mitglied einer anderen Partei. Bei diesem Wahlkampf möchte ich das Vertrauen der Bevölkerung gewinnen und mich für die nachfolgenden Ziele für sie einsetzen.

Die politischen Hauptziele, für die ich kämpfen möchte:

1) Neuverhandlung der EU-Verträge und deren Einhaltung: Die deutschen Steuerzahler, Rentner, Sparer und Verbraucher werden in der EU - durch den Euro – unter Verfassungsbruch (Art. 110 GG), Verletzung der EU-Verträge (Art. 125 AEUV) und Mandatsüberschreitungen der EZB massiv über den Tisch gezogen. Seit dem von der Bundeskanzlerin verursachten Brexit haben Frankreich und die Mittelmeerländer in der EU das Sagen. Deutschland hat im EU-Rat und im EuGH nicht mehr Gewicht als die kleinsten EU-Länder. Gegen diese Ungerechtigkeit und für folgende Neuverhandlungspunkte möchte ich kämpfen:

- Implementation einer temporären Austrittsregelung aus dem Euro ohne gleichzeitigen Ausstieg aus der EWG
- Verbot der geplanten EU-Steuertransferunion
- Verbot der Vergemeinschaftung der Bankschulden und der Haftung der Bevölkerung
- Wiedereinführung der DM im Falle einer Nichteinigung bei den EU-Verträgen
- Vorrang der politischen Union vor allen anderen EU-Vergemeinschaftungen
- Faire Gewichtung der Mitgliedsländer in EU-Rat, EU-Kommission, EuGH und EZB nach Bevölkerungsanteil und Wirtschaftsleistung

2) Neuorganisation der EZB und des EZB-Rates: Die Notenbanken der EU-Krisenländer drucken unbegrenzt Geld in Euro-Rettungsprogrammen wie SMP, OMT, ESM und QE unter Verletzung des EZB-Mandats und des EU-Rechts (Art.123 AEUV). Deutschland hat im EZB-

Rat nicht mehr Gewicht als z.B. Malta und wird von Frankreich und den 6 EU-Krisenländern regelmässig überstimmt. Wenn es um die Haftung zu den EU-Schulden und zu den Bankschulden geht, soll die deutsche Bevölkerung jedoch nach dem vollen wirtschaftlichen Gewicht des Landes in der EU herangezogen werden. Gegen diese unerhörte Ungerechtigkeit möchte ich kämpfen. Es ist abzusehen, dass die Konsequenzen der Geldpolitik der EZB verheerend sein werden für die Steuerzahler, die Sparer, die Verbraucher und die Rentner. Das EZB-Problem muss deswegen baldmöglichst an der Wurzel angepackt werden. Bei diesem und dem obigen Punkt könnte ich meine berufliche Erfahrung ganz besonders effizient ins Feld führen.

3) Beendigung der illegalen Migration: Bei der Migration hat sich gegenüber 2015 kaum etwas geändert. Die politisch unterwanderte Presse schweigt jedoch zu dem Thema. Es strömen weiterhin mehr als 200.000 Migranten pro Jahr ins Land. Studien der Universität Freiburg und des ZEW Mannheim zeigen, dass die projizierten Kosten beim heutigen Stand in den nächsten 10 – 20 Jahren die deutschen Steuerzahler und Rentner mit bis zu 450 Mrd. Euro belasten werden. Viele der Migranten sind nicht integrierbar und sie haben ein niedriges Bildungs- und Leistungsniveau. Es droht daher ein bald einsetzender Wohlstandsverlust im Land. Die Ausländerkriminalität hat seit dem Jahr 2015 rapide zugenommen.

4) Eindämmung der Ausbreitung des Islam in Deutschland: Die meisten Migranten sind Muslims, kulturfremd und schwer integrierbar. Der Islam hat keine kulturellen Wurzeln in Deutschland und mit der Scharia als Rechtsordnung nichts gemeinsam mit unserem christlich-jüdischen Erbe. Der Islam ist für Deutschland kulturell nicht prägend und er soll es auch nicht werden. Der Islam toleriert keine Andersgläubigen und keine anderen Religionen neben sich. Er ist nicht mit dem Grundgesetz der BRD vereinbar, weil er in Verletzung zu den Grundrechten der Bürger steht. Die demografische Entwicklung der dem Islam zugehörigen ist schneller als die der Einheimischen. Es besteht der Trend und die Gefahr, dass in der Zukunft die einheimische Bevölkerung im eigenen Land von diesen Bevölkerungsgruppen, wenn auch nach den Regeln der Demokratie, letztlich überholt und überstimmt wird.

5) Regulierung der Einwanderung: Wir brauchen ein Einwanderungsgesetz. Ich möchte für ein Einwanderungsmodell nach kanadischem Vorbild eintreten, nach dem neben tatsächlich Asylberechtigten nur qualifizierte und hochqualifizierte Personen – und deren Familien – ins Land kommen dürfen, die sich integrieren wollen und die zu unserer Leistungsgesellschaft passen. Die illegale Migration ist an der europäischen Aussengrenze und wenn nicht dort, dann an der deutschen Grenze zu stoppen. Es muss mehr gegen die Fluchtursachen in den Herkunftsländern getan werden.

6) Korrektur der Energiepolitik und Beendigung des EEG: Der rasante Strompreisanstieg aufgrund verfehlter und falscher Energiepolitik auf Kosten des Verbrauchers - und der Umwelt - muss gestoppt werden durch dringende Korrekturen. Der Verbraucher in Deutschland zahlt – Dank der Grünen und einer unfähigen Bundesregierung - z.B. doppelt soviel für Strom wie der Verbraucher in Frankreich. Nach der Theorie des REM findet der Markt von selbst und ohne die Randbedingungen von rot-grünen Pseudointellektuellen und Ideologen die optimale Lösung. Nach den Fakten sind Dieselfahrzeuge in Deutschland umweltfreundlicher als E-Fahrzeuge. Moderne Diesel-Fahrzeuge tragen entscheidend zur CO₂-Reduzierung bei, weil sie bis zu 25% weniger Kraftstoff als vergleichbare Benziner verbrauchen und bis zu 15% weniger CO₂

ausstoßen. Der deutsche Anteil am weltweiten CO₂-Ausstoss beträgt vor den Reduktionszielen ca. 2% und es liegen keine fundierten Beweise für einen Klimawandel im Zusammenhang mit CO₂ vor. Trotzdem werden die Verbraucher mit ehrgeizigen Einsparzielen – und dies vor allem auch unter Zwang aus Brüssel - finanziell enorm belastet. Die wissenschaftliche Forschung zur sauberen Energiegewinnung wurde jedoch vernachlässigt, wenn man etwa die Kosten für illegale Migranten mit den – um einen Faktor 30 niedrigeren - Ausgaben für Forschungsprojekte, wie z.B. zur Kernfusion vergleicht.

7) Reformation des Rentensystems: Ich fordere ein gerechteres Rentensystem nach dem schweizer Modell. Es sollen alle ohne Ausnahmen in ein gesetzliches Grundrentensystem einzahlen. Das Rentenmodell der Schweiz, für das ich kämpfen möchte, beruht auf drei Säulen: Die erste Säule ist eine gesetzliche Rentenversicherung, in die alle einzahlen müssen. Die zweite Säule bilden kapitalgedeckte Arbeitnehmer-Versicherungen. Die dritte Säule besteht aus steuerlich geförderten Anlagen in Wertpapiere oder privaten Rentenversicherungen. Eine Beitragsbemessungsgrenze gibt es nicht.

8) Volksentscheide nach dem schweizer Vorbild: Volksentscheide als Kontrollfunktion der zunehmend weniger verlässlichen Regierungen sind eine Notwendigkeit zur Sicherung der demokratischen Gerechtigkeit. Die deutsche Bevölkerung wurde z.B. nicht zur Einführung des Euro befragt und muss jetzt für die damit verbundenen EU-Schulden haften. Solche Entwicklungen sollen in Zukunft verhindert werden.

9) Kinder und Familie: Familien mit Kindern und Alleinerziehende sind besonders im unteren Einkommensbereich stärker steuerlich zu entlasten. Jedes Kind soll auch bei der Rente der Erziehenden honoriert werden. Kinderarmut ist komplett zu beenden durch Bereitstellung der notwendigen finanziellen Mittel und Förderung dieser Kinder. Es wäre höchst unethisch, diese Kinder auf der Strecke zu lassen und gleichzeitig Milliarden für illegale Migranten zu verschwenden, die unsere Bundeskanzlerien ohne Rücksprache oder ohne Volksentscheid eingeladen hat.

10) Reform der Einkommenssteuer: Ich fordere ein gerechteres und kontinuierlich nicht-linear progressives Steuermodell, das jährlich um die Inflation angepasst wird. Stufenmodelle – selbst beim Grenzsteuersatz - sind abzulehnen, weil sie hohe Einkommen bevorteilen. Der Mittelstandsbauch soll eliminiert werden und die unteren Einkommen sollen gerechter behandelt werden durch die Einführung einer Grenzsteuersatzfunktion, welche einer kumulativen Normalverteilungsfunktion um das mittlere Einkommen folgt. Die daraus erhaltene und um die Inflation korrigierte Steuerbetragsfunktion soll jedes Jahr in Form einer Tabelle in 100 Euro Schritten und alternativ in Form der Funktion in einer Software publiziert werden. Der damit verbundene Steuersenkungseffekt soll durch Abbau der staatl. Bürokratie und Senkung der Saatsquote kompensiert werden.

11) Mehr Investition in Forschung und Bildung:

- Das Geld, das man sich durch den Abbau der illegalen Migration spart, sowie jenes, das man sich durch die Verhinderung der Steuertransfers an die EU spart, soll in technologische Innovation, Forschung und Bildung investiert werden

- Das Leistungsniveau im mehrgliedrigen Schulsystem muss wieder erhöht werden, so dass auch die besten und die hochmotivierten Schüler ihr volles Potential entwickeln können, worauf sie ein Recht haben
- Dazu müssen wir wieder weg kommen von den Gesamtschulen in denen eine Gleichmacherei von Schülern stattfindet, die sich am unteren Leistungsniveau orientiert. Das mehrgliedrige Schulsystem ist der Gesamtschule überlegen, weil es jedem Schüler die Möglichkeit bietet, seinen auf seine Begabungen und Neigungen abgestimmten Bildungsweg, sein Leistungsniveau und sein Berufsleben zu optimieren.
- Projekte zur Genderforschung o.ä. sind pervers und sofort einzustellen

Frühere Berufserfahrung

01.07.2008 – 31.03.2014: Emirates NBD Bank, Dubai

Head of Quantitative Support Markets & Treasury Finance

01.07.2006 – 30.06.2008: WestLB AG, London

Executive Director, Structured Products & Product Development

01.07.2005 – 30.06.2006: Rabobank International, London

Direktor im Global Financial Engineering

01.07.2004 – 30.06.2005: HSBC Trinkaus, Düsseldorf

Financial Engineer - Zinsprodukte

01.08.1999 – 30.06.2004: HVB München

Financial Engineer für Risikomodelle und Zinsprodukte

01.06.1999 – 31.07.1999: Göthe Universität Frankfurt

Habilitationsstelle

01.09.1997 – 30.06.1999: Duke University, Durham, North Carolina, USA

Postdoktorand

01.08.1991 – 31.08.1997: TU München

Wissenschaftlicher Angestellter, ab 1994 Postdoktorand

Hochschulabschlüsse

- **Dr. rer. nat. in Physik:** Physik-Department, TUM, (1994)
- **Diplom in Mathematik:** Institut für Mathematik, TUM, (1994)
- **Diplom in Physik:** Physik-Department, TUM, (1991)

Wehrdienst

03.10.1983 – 31.12.1984: Panzergrenadierbatallion 242, Gäubodenkaserne Straubing, Bayern

Sprachen

- **Deutsch** Muttersprache
- **Englisch** sehr fließend
- **Französisch** fast fließend